

## Christopher Banditt

# Einheitserwartungen

### Präferenzen, Hoffnungen und Befürchtungen im „Wendejahr“ 1989/90

Nach Reinhart Koselleck leiten sich die Erwartungen der Menschen an das Kommende – nicht allein, aber zu einem Gutteil – aus den gemachten Erfahrungen in der Vergangenheit ab. Kommt es zum Auseintreten von „Erfahrungsraum“ und „Erwartungshorizont“, wenn sich also zukünftige Entwicklungen immer weniger anhand vormals gesammelter Einsichten antizipieren lassen, geht damit gleichsam ein geschichtlicher Kontinuitätsbruch einher (Koselleck 1976/1989). Obschon Koselleck diese Feststellung vornehmlich auf den Epochenübergang von der Frühen Neuzeit zur Moderne bezog und die Anwendbarkeit seines Ansatzes auf die Zeitgeschichte bereits kritisch hinterfragt wurde (Graf, Herzog 2016: 498ff.), war mit dem Ende der DDR eben solch eine Entwertung vergangener Erfahrungen als konstituierendes Element für die Zukunftserwartungen zu beobachten. Für die „neue Zeit“ waren die im Sozialismus gewonnenen Erfahrungen der Ostdeutschen etwa „so brauchbar wie ein hundert Jahre altes Medizinstudium“, um es mit den Worten des Protagonisten aus Ingo Schulzes Roman „Neue Leben“ zu sagen (Schulze 2005: 106).

Erwartungen, die Menschen an die Zukunft haben, erfüllen für sie in erster Linie eine handlungsordnende Funktion. Dabei leiten sich Erwartungen nicht allein aus vergangenen Erfahrungen ab, sondern werden von „aktuellen Lebensumständen, aber auch von antizipierten Entwicklungen beeinflusst“ (Neuenkirch, Kroh 2011: 7). Naturgemäß kann niemand die tatsächlich eintretende Zukunft exakt vorwegnehmen, weshalb solche Antizipationen immer auf gegenwärtig nur begrenzt einseh-

baren Fakten und entsprechend generierten Annahmen basieren. Folglich werden Erwartungen auch als „imaginierte Zukünfte“ (Welzer 2010: 22; Beckert 2016) oder „hybride Wirklichkeitsgebilde“ (Hölscher 2017: 12) charakterisiert.

Im Folgenden werden zunächst die Präferenzen der ostdeutschen Bevölkerung hinsichtlich des zukünftigen politischen und wirtschaftlichen Ordnungsrahmens dargestellt: Für welchen politischen Weg und welche Wirtschaftsverfassung optierten sie? Im „Wendejahr“ 1989/90 bestimmte die Frage der weiteren ökonomischen Entwicklung Ostdeutschlands zunehmend die öffentliche Debatte, was stark mit der Erwartungsbildung der Menschen korrespondierte. Mithin werden im vorliegenden Beitrag hauptsächlich die wirtschaftlichen und sozialen Erwartungen, die die Ostdeutschen seinerzeit hegten, rekonstruiert. Welchen sozioökonomischen Auswirkungen des Systemumbruchs auf die eigene Lebenswelt sahen sie entgegen? Da Erwartungen nie allein aus nüchternen Kalkulationen und Faktenabwägungen hervorgehen, sondern sich in ihnen gleichfalls Hoffnungen und Befürchtungen bündeln, liegt ein besonderes Augenmerk auf ebendiesen optimistischen und pessimistischen Vorwegnahmen.

Diese Fragestellungen sollen unter Rückgriff auf 1989/90 durchgeführte Bevölkerungserhebungen bearbeitet werden. Zwar ließen sich mittels qualitativer Quellen, wie beispielsweise Tagebücher aus der Umbruchzeit (z. B. Waitzmann, Scheunemann 2010; Böick 2015), einzelne individuelle Zukunftsperspektiven und fallweise die ihnen zugrundeliegenden

Determinanten mit größerer Tiefenschärfe eruieren. Die historische Sekundäranalyse von zeitgenössischem quantitativem Umfragematerial liefert dafür jedoch wesentlich breitere und verallgemeinerbare Ergebnisse über die Zukunftsvorstellungen im „Wendejahr“. Ferner können damit mögliche Unterschiede zwischen Bevölkerungsgruppen in aussagekräftiger Weise identifiziert werden; schließlich wirkt auf die Herausbildung von Erwartungen auch der jeweilige soziale Hintergrund der Akteure (Graf, Herzog 2016: 501; Beckert 2018: 512f.). Sozialwissenschaftliche Surveys und deren Fragebögen werden niemals losgelöst von den sie umgebenden gesellschaftlichen Umständen konstruiert. Insofern sollen dort, wo es für das Verständnis notwendig ist, die Erhebungen selber historisiert werden, wenngleich aus Platzgründen nicht für jede ausgewertete Umfrage deren Genese und Methodik eingängig ausgeleuchtet werden kann. Indem zugleich die empirischen Ergebnisse in den geschichtlichen Kontext der Umbruchzeit eingeordnet werden, wird der Frage nachgegangen, worauf die ostdeutschen Erwartungslagen – da ja als deren Konstituante die bisherigen sozialistischen Erfahrungen ausfielen – eigentlich beruhen.

Neben der umfragebasierten Darstellung der Erwartungen und der Erörterung, woraus sie generiert wurden, stellt sich der Beitrag ein drittes Teilziel. Bis heute werden von Wissenschaftlern und in medialen Debatten regelmäßig die ostdeutschen Erwartungen von 1989/90 als „unrealistisch“ sowie „illusorisch“ apostrophiert und als Quelle späterer Enttäuschungen ausgemacht (z. B. Kowalczyk 2018; Clarkson 2019). Inwiefern die seinerzeitigen Zukunftsvorstellungen der ostdeutschen Bevölkerung tatsächlich als übersteigert angesehen werden müssen, soll im vorliegenden Beitrag durch Ausblicke auf die Realentwicklungen der 1990er Jahre zumindest cursorisch beleuchtet werden.

## Deutsche Einheit und Marktwirtschaft

Mit der Erosion der SED-Herrschaft fielen die politischen Restriktionen für die Sozialwissenschaften in der DDR weg, denen bis dato be-

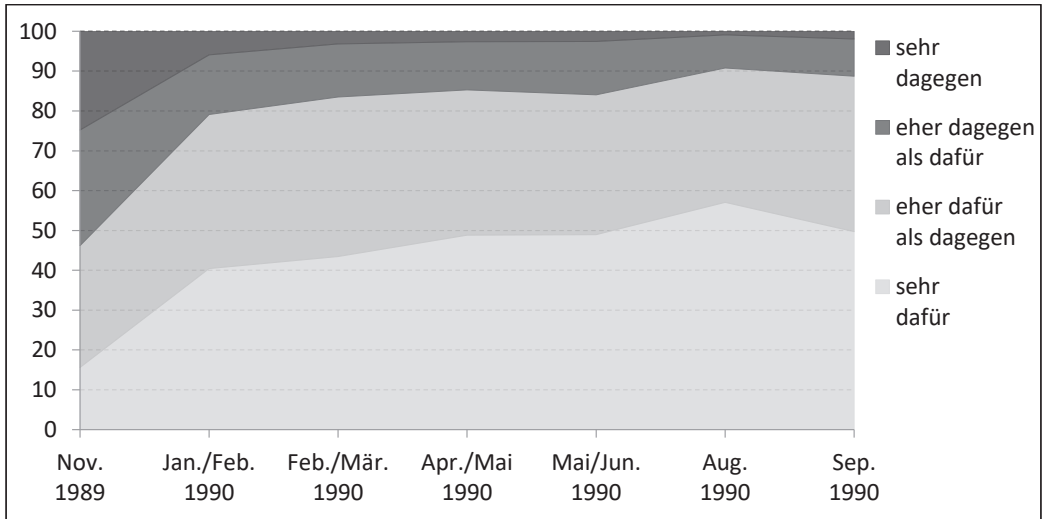
völkerungsweite Umfragen und Erhebungen zu politisch delikaten Fragen kaum genehmigt worden waren (Reinecke 2010). Bereits in der zweiten Novemberhälfte 1989 begann das Zentralinstitut für Jugendforschung in Leipzig (ZIJ), den Umbruchprozess mit seiner Survey-Reihe „Meinungsbarometer“ zu begleiten (Förster, Roski 1990: 17ff.). Befragt nach ihrer Einstellung gegenüber einer möglichen deutschen Vereinigung sprachen sich in der ersten Erhebung 46 Prozent der DDR-Bürger „sehr“ bzw. „eher dafür“ aus, womit die Ablehnung noch knapp überwog. Mit der verstärkten öffentlichen und politischen Diskussion einer deutschen Vereinigung, die spätestens nach Helmut Kohls Vorstellung seines Zehn-Punkte-Plans Ende November Fahrt aufnahm, gelangte die Zustimmung in der Folgebefragung im Januar/Februar dann bereits fast an die 80-Prozent-Marke. Ihren Höhepunkt erreichte die „Einheitsbejahung“ mit 90 Prozent im August 1990, dem Monat des Beitrittsbeschlusses der Volkskammer (siehe Abbildung 1).

Die hohen Befürwortungsraten zur Einheit Deutschlands, die bereits im Frühjahr 1990 herrschten, spiegelten sich vermeintlich auch im Ergebnis der Volkskammerwahl vom 18. März wider. Das Wahlbündnis „Allianz für Deutschland“, das neben der Übertragung des westdeutschen Wirtschaftssystems auf die DDR für eine zügige Vereinigung eintrat, fuhr einen beeindruckenden Sieg ein. Bereits die zeitgenössische Wahlforschung hat jedoch darauf hingewiesen, dass es gar nicht so sehr das Bekenntnis zu einer schnellen Vereinigung war, sondern vielmehr das Versprechen der Einführung der D-Mark, das der „Allianz“ mit 48 Prozent fast die absolute Mehrheit bescherte (Falter 1992: 170f.). So präferierte laut einer kurz nach der Volkskammerwahl durchgeführten Befragung lediglich die Hälfte der CDU-Wähler eine „sehr schnelle“ Vereinigung. Die andere Hälfte hingegen war der Meinung, man sollte „sich dabei Zeit lassen“. Bei den Wählern der anderen Parteien – außer der DSU – war dieses Einstellungsmuster noch stärker ausgeprägt, sodass generell im März/April 1990 knapp zwei Drittel der ostdeutschen Wahlberechtigten eine langsamere Gangart bei der Herstellung der deutschen Einheit befürwor-

teten (siehe Tabelle 1). Dagegen lagen die Zustimmungsraten zu einer möglichst baldigen Einführung der D-Mark selbst unter Wählern der PDS und des Bündnis 90 bei rund 80 Pro-

zent. Annähernd 100 Prozent erreichten sie bei den CDU- und DSU-Anhängern. Offensichtlich wurde also der Währungsunion von den Allianz-Wählern eine größere Bedeutsam-

Abbildung 1: „Wie stehen Sie zu einer Vereinigung von DDR und BRD?“ (in Prozent)



Fallzahl: 1.287–1.778 Personen; Antwortausfall: 0,1–1,5 Prozent

Quelle: ZIJ; Meinungsbarometer. In: GESIS Datenarchiv. Köln, ZA6009–ZA6013, ZA6015 u. ZA6016<sup>1</sup>.

Tabelle 1: Einstellungen im März/April 1990 (in Prozent)<sup>2</sup>

	gesamt	darunter:					
gewählte Partei am 18.03.1990 <sup>a</sup>		CDU	SPD	PDS	BFD	DSU	Bü 90
		39,8	23,8	14,2	5,3	4,6	3,8
Beurteilung Vereinigung: <sup>b</sup>							
dafür	89,9	95,4	91,1	70,8	95,0	97,1	93,1
dagegen	6,5	0,3	5,0	26,4	5,0	0,0	3,4
gleichgültig	3,6	4,3	3,9	2,8	0,0	2,9	3,4
Tempo Vereinigung: <sup>c</sup>							
sollte sehr schnell gehen	35,1	49,3	21,6	6,7	28,9	76,5	14,8
sich Zeit lassen	64,9	50,7	78,4	93,3	71,1	23,5	85,2
DM-Einführung möglichst bald: <sup>d</sup>							
gut	91,5	98,0	92,2	79,6	92,5	97,1	82,1
nicht gut	8,5	2,0	7,8	20,4	7,5	2,9	17,9

Fallzahl: 933 Personen

a: Antwortausfall: 18,6 Prozent (Auskunft verweigert oder keine Angabe)

b: Antwortausfall: 1,0 Prozent; Chi-Quadrat: p=0,000

c: Antwortausfall: 11,3 Prozent (davon 1,3 Prozent ohne Angabe, 10,0 Prozent wurde diese Frage wegen Nichtbefürwortung der Vereinigung nicht gestellt); Chi-Quadrat: p=0,000

d: Antwortausfall: 0,9 Prozent; Chi-Quadrat: p=0,000

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen: Politbarometer DDR. In: GESIS Datenarchiv. Köln, ZA1987.

keit zugemessen als der schnellen Herbeiführung der deutschen Einheit. Diese eher materielle Orientierung der Wähler veranlasste seinerzeit das Berliner Kabarett „Distel“, die DDR-Hymne spöttisch umzudichten: „Auferstanden aus Ruinen und dem Wohlstand zugewandt, wollen wir jetzt was verdienen, halten hin die aufgemachte Hand“ (zit. n. Spiegel 1990: 20).

Neben der Frage einer deutschen Vereinigung war insbesondere der künftige wirtschaftliche Ordnungsrahmen ein wichtiges Thema. Noch im Herbst 1989 fand sich für einen „besseren [sic!], reformierten Sozialismus“ als Entwicklungsweg der DDR eine überwältigende Mehrheit von 86 Prozent der Ostdeutschen. Dieser Wert war im Januar/Februar allerdings bereits um 30 Prozentpunkte zurückgegangen. Obwohl der Fragetext nicht zuletzt mit der weiteren Antwortmöglichkeit eines „kapitalistischen Wegs“ gerade für DDR-sozialisierte Ohren recht tendenziös formuliert war, stimmten nun immerhin 31 Prozent für ebenjenen Kapitalismus (siehe Tabelle 2).

Im weiteren Verlauf seines Meinungsbarometers hat das ZIJ diese Frage zur präferierten Wirtschafts- und Sozialverfassung leider nicht wieder gestellt. Somit lässt sich eine mögliche stimmungsmäßige Entwicklung nur mittels weiterer Surveys nachverfolgen, die wiederum aufgrund anders konstruierter Abfragen und Antwortmöglichkeiten nicht hundertprozentig passgerecht mit der ZIJ-Erhebung sind. Im Monat vor der D-Mark-Einführung führte das damals noch bestehende Institut für Soziologie und Sozialpolitik (ISS) der Akademie der Wissenschaften der DDR eine empirische Untersuchung zu den politischen Einstellungen und Verhaltensweisen durch. Hier wurden die Befragten vor die Wahl gestellt zwischen einem „gründlich reformierten sozialistischen Wirt-

schaftssystem“ und einem „Wirtschaftssystem wie in der Bundesrepublik“, was für Noch-DDR-Bürger freilich wesentlich weniger pejorativ klingen musste als etwa „kapitalistischer Weg“. Als gewissermaßen „anderer Weg“ wurde zudem ein „Wirtschaftssystem, welches von Mitbesitz und Mitbestimmung der Belegschaft im Betrieb gekennzeichnet ist“, zur Bewertung gegeben. Der reformierte Sozialismus bildete demnach für lediglich 17 Prozent die erste Wahl; und während er für 37 Prozent die am geringsten präferierte Option darstellte, machten 33 Prozent zu diesem Wirtschaftssystem keine Angabe (mehr). Die bundesrepublikanische Wirtschaftsverfassung hielten 40 Prozent für die beste und 24 Prozent für die zweitbeste Alternative. Die von Mitbesitz und Mitbestimmung geprägte Wirtschaft hoben 41 Prozent auf ihren ersten und 32 Prozent auf ihren zweiten Platz (siehe Abbildung 2).

In der ersten Hälfte des Jahres 1990 hatte sich als zunehmend realistische Möglichkeit die Übernahme des westdeutschen Wirtschaftssystems abgezeichnet. In der ostdeutschen Meinung war damit selbst eine Reformvariante des Sozialismus gegenüber marktwirtschaftlichen Arrangements vollends ins Hintertreffen geraten. Neben der SED-PDS, die mittlerweile einen demokratischen Sozialismus propagierte, traten für einen „dritten Weg“ zwischen realexistierendem Sozialismus und bundesdeutscher Marktwirtschaft vornehmlich die Bürgerrechtsgruppen ein. Den von Demokratie Jetzt, Neuem Forum oder Grüner Partei – mehr oder weniger – ausformulierten Vorstellungen war insbesondere die Betonung der Mitbestimmung und -beteiligung in den Betrieben gemein (Thaysen 1999). Jedoch konnten die Bürgerrechtler die in der Bevölkerung vorhandenen Sympathien für solche wirtschaftsdemokratischen Konzeptionen nicht

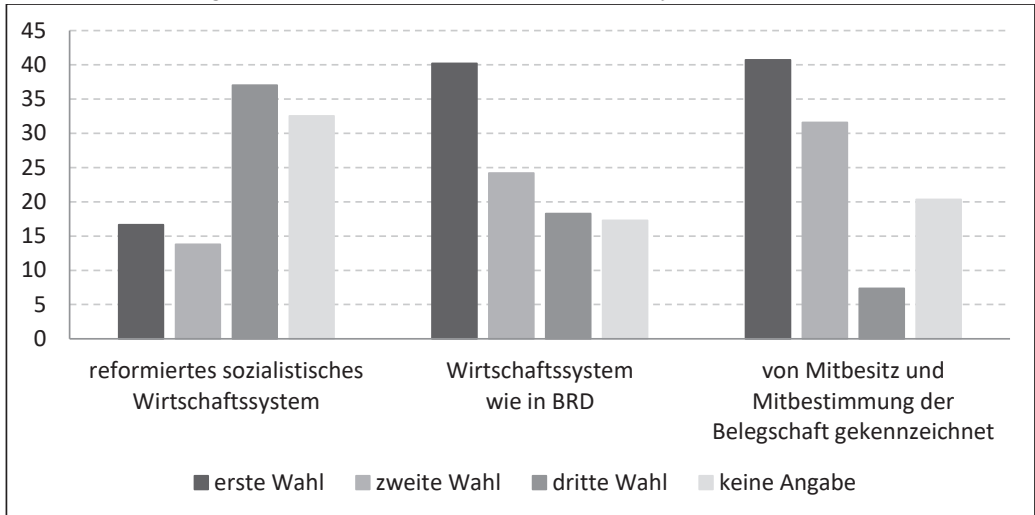
Tabelle 2: „Welchen Entwicklungsweg sollte die DDR [...] künftig nehmen?“ (in Prozent)

	November 1989	Januar/Februar 1990
Weg eines besseren, reformierten Sozialismus	86,1	55,9
kapitalistischen Weg	5,2	30,9
anderen Weg	8,7	13,2

Fallzahl: 1.623 u. 1.778 Personen; Antwortausfall: 2,1 u. 2,3 Prozent

Quelle: ZIJ; Meinungsbarometer. In: GESIS Datenarchiv. Köln, ZA6009 u. ZA6010.

Abbildung 2: „Abgesehen von momentanen Entwicklungen im Wirtschaftssystem der DDR, mit welcher der [...] Möglichkeiten können Sie sich am ehesten anfreunden?“ (Juni 1990, in Prozent)



Fallzahl: 624 Personen; Antwortausfall: 0,0 Prozent

Quelle: ISS: ‚Ulster‘-Untersuchung. In: GESIS Datenarchiv. Köln, ZA6313.

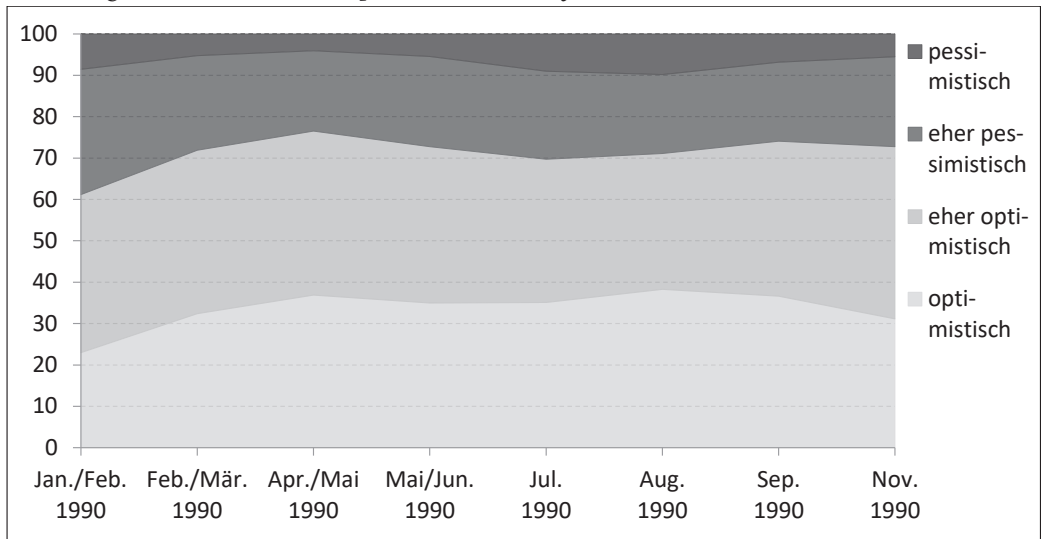
politisch fruchtbar für sich machen. Denn die Ostdeutschen unterstützten in ihrem breiten und offensichtlich prioritärem Wunsch nach D-Mark-Einführung und Vereinigung mehrheitlich die CDU, für die andere ordnungspolitische Optionen als die westdeutsche Marktwirtschaft nicht in Frage kamen. Und auch die SPD bevorzugte die soziale Marktwirtschaft. Dementsprechend fanden sich nach der Volkskammerwahl im März die Bürgerrechtsgruppen in der Opposition und in ihrem Streben nach einem „dritten Weg“ an der für sie unbehaglichen Seite neben der PDS wieder (Sabrow 2010). Jedwedes Bemühen um einen „dritten Weg“ erübrigte sich dann spätestens mit der Unterzeichnung des Staatsvertrags zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion am 18. Mai 1990. In der Präambel des Vertragswerks verwiesen beide Seiten bereits darauf, dass damit ein „bedeutsamer Schritt“ auf dem Weg zur deutschen Einheit gemäß Artikel 23 GG vollzogen werde. Gut drei Monate darauf beschloss die Volkskammer den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik zum 3. Oktober 1990.

## Hoffnungen und Befürchtungen

Inmitten der vielfältigen Umbrüche im „Wendejahr“ blickte der Großteil der ostdeutschen Bevölkerung optimistisch in die Zukunft. Zu Jahresbeginn hatten auf die Frage nach der persönlichen Zukunft zusammengenommen 61 Prozent geantwortet, dass sie diese „optimistisch“ bzw. „eher optimistisch als pessimistisch“ sehen, was für das gesamte Jahr 1990 bereits den niedrigsten Wert darstellen sollte. Sein Maximum von 77 Prozent erreichte er in der Befragung nach der Volkskammerwahl; den zweithöchsten Wert von 74 Prozent verzeichnete die Erhebung nach dem Beitrittsbeschluss. Obschon die rein „pessimistische“ Zukunftserwartung nie mehr als 10 Prozent betrug, machte gleichwohl der Anteil derjenigen, die „eher pessimistisch als optimistisch“ auf das Kommende blickten, auch nach der Januar/Februar-Befragung des ZIJ durchweg rund ein Fünftel aus (siehe Abbildung 3).

Für eine eingehendere Betrachtung möglicher gruppenspezifischer Unterschiede hinsichtlich der persönlichen Zukunftserwartungen sei aus dem ZIJ-Meinungsbarometer

Abbildung 3: „Wie sehen Sie Ihre persönliche Zukunft?“ (in Prozent)



Fallzahl: 1.194–1.778 Personen; Antwortausfall: 0,0–1,5 Prozent

Quelle: ZIJ; Meinungsbarometer. In: GESIS Datenarchiv. Köln, ZA6010–ZA6017.

Tabelle 3: Gruppenspezifische Unterschiede der persönlichen Zukunftssicht nach Parteipräferenz, Alter und Tätigkeit (September 1990, in Prozent)

	gesamt	darunter (Parteipräferenz): <sup>a</sup>					Altersdurchschnitt <sup>b</sup>	
		CDU	F.D.P.	SPD	Bü 90/Grüne	LL/PDS		
optimistisch	36,6	53,3	37,9	37,7	17,8	16,1	37 Jahre	
eher optimistisch	37,4	32,2	40,9	36,4	52,5	33,0	35 Jahre	
eher pessimistisch	19,1	9,9	15,2	17,6	25,4	40,2	43 Jahre	
pessimistisch	6,8	4,6	6,1	8,4	4,2	10,7	49 Jahre	
nach Tätigkeit (ohne Sonstige): <sup>c</sup>								
	Schüler	Lehrlinge	Studenten	Arbeiter	Ange-stellte	Bauern	Selbständige	Rentner
optimistisch	45,7	33,8	28,6	45,5	28,9	17,4	64,3	40,3
eher optimistisch	41,5	55,9	55,1	31,4	40,4	47,8	21,4	29,0
eher pessimistisch	10,6	7,4	16,3	16,2	24,4	21,7	10,7	19,9
pessimistisch	2,1	2,9	0,0	6,9	6,2	13,0	3,6	10,8

Fallzahl: 1.307 Personen (ab 15 Jahre)

a: Antwortausfall: 12,4 Prozent; Chi-Quadrat:  $p=0,000$

b: Antwortausfall: 0,0 Prozent; Games-Howell:  $p=0,174$  (optimistisch/eher optimistisch) u.  $p=0,000-0,003$  (alle weiteren Gruppenvergleiche)

c: Antwortausfall: 0,3 Prozent; Chi-Quadrat:  $p=0,000$

Quelle: ZIJ; Meinungsbarometer. In: GESIS Datenarchiv. Köln, ZA6016.

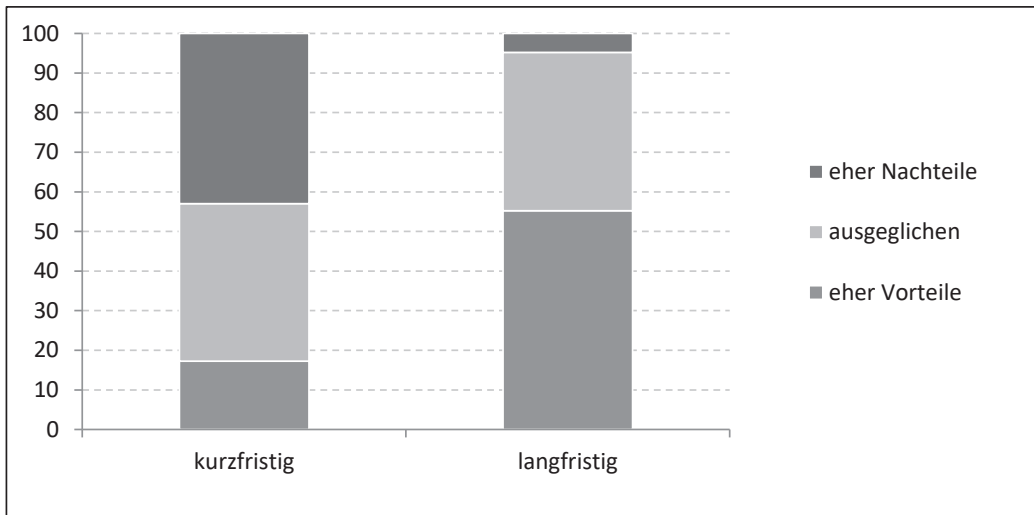
die Befragung im September 1990 herausgegriffen, als die deutsche Einheit bereits beschlossen, aber noch nicht vollzogen war. Demnach korrelierte die mittels „Sonntagsfrage“ erhobene Parteipräferenz mit der grundsätzlichen Erwartungshaltung. Unter den potentiellen CDU-Wähler machten die „(eher) optimistisch“ Gestimmten 86 Prozent aus und lagen damit 12 Prozent über dem entsprechenden Anteil in der gesamten Stichprobe. Dahinter folgten die Wähler von F.D.P. (79 Prozent), SPD (74 Prozent) und Bündnis 90/Grüne (70 Prozent). Wenig überraschend bildeten die Anhänger von Linker Liste/PDS die am pessimistischsten gestimmte Wählergruppe, in der sich positive und negative Erwartungshaltungen in etwa die Waage hielten (siehe Tabelle 3).

Bei der Altersstruktur gab es zwischen den „optimistisch“ und den „eher optimistisch“ eingestellten Noch-DDR-Bürgern keinen wirklichen – und statistisch signifikanten – Unterschied. In diesen Gruppen betrug das durchschnittliche Alter 37 Jahre bzw. 35 Jahre. Merklich älter allerdings waren im Durchschnitt

die „eher Pessimistischen“ mit 43 Jahren und die rein „Pessimistischen“ mit 49 Jahren.

Dass in höheren Altersgruppen skeptische und negative Vorahnungen stärker vertreten waren, korrespondiert auch mit einem Abgleich der Tätigkeiten der Befragten. Zumeist „(eher) optimistisch“ zeigten sich insbesondere Schüler (87 Prozent) und Lehrlinge (90 Prozent) und mit leichtem Abstand auch die Gruppe der Studenten (84 Prozent). Aufgrund ihres Alters waren sie in ihren Lebensumständen naturgemäß geringer in das sozialistische System eingebunden gewesen. Ergebnisse der DDR-Jugendforschung zeigen, dass bereits Ende der 1980er Jahre die Identifikation der jungen Menschen mit der DDR spürbar nachgelassen hatte (Friedrich, Griese 1991: 139–148). Interessant ist auch die etwas verhaltene Zukunftserwartung der Gruppe der Angestellten im Vergleich zur Arbeiterschaft („(eher) optimistisch“: 69 Prozent vs. 77 Prozent). Die Furcht vor dem Verlust des in der Vergangenheit – mitunter auch durch demonstrierte politische Loyalität – erreichten Status wird darauf einen Einfluss ausgeübt haben. Dass

Abbildung 4: „Glauben Sie, daß eine Vereinigung [...] der Bevölkerung in der DDR in der nächsten Zeit eher Vorteile/Nachteile bringen wird? [...] Und wie wird das auf lange Sicht sein?“ (Mai 1990, in Prozent)



Fallzahl: 723 Personen; Antwortausfall: 4,4 Prozent (kurzfristig) u. 1,1 Prozent (langfristig)  
Quelle: Forschungsgruppe Wahlen: Politbarometer DDR. In: GESIS Datenarchiv. Köln, ZA1987.

dahingegen besonders die Selbständigen sich vom Systemumbruch *benefits* erhofften, ist kaum verwunderlich vor dem historischen Hintergrund ihrer gesellschaftlichen Marginalisierung und der faktischen Delegitimierung ihres Daseins in der DDR. Allerdings sind die dahinterstehenden Zahlen wie auch die über die weitaus größeren Vorbehalte der Bauernschaft aufgrund verhältnismäßig geringer Fallzahlen für die beiden Gruppen (n=28 u. n=23) in ihrer Aussagekraft eingeschränkt. Unter den Rentnern schließlich waren zwar einerseits optimistische Einstellungsweisen nicht selten ausgeprägt (69 Prozent), andererseits jedoch war hier ein dezidierter Pessimismus stärker verbreitet (11 Prozent). Neben die Befriedigung über das Ende der von ihnen zeitmäßig am längsten erlebten SED-Diktatur und die Hoffnung auf einen höheren materiellen Lebensstandard mit „West-Rente“ wird sich bei den Angehörigen der Aufbaugeneration etwas häufiger der Unmut über den Verlust der politisch-ideologischen Heimat und die Furcht vor Entwertung der Lebensleistung gesellt haben.

Hinsichtlich der zeitlichen Reichweite der von den Ostdeutschen erwarteten Entwicklungen gab es durchaus nennenswerte Unterschiede. Im Frühjahr 1990 zeigte sich eine Mehrheit von 43 Prozent überzeugt, dass ihnen eine Vereinigung in der nächsten Zeit „eher Nachteile“ bringen werde. Während also kurzfristige Anpassungsschwierigkeiten und zu erbringende -leistungen vorausgeahnt wurden, erwartete wiederum auf lange Sicht mehr als jeder Zweite „eher Vorteile“ der Einheit (siehe Abbildung 4). Zugleich war die von jeweils 40 Prozent gehegte Erwartung, dass sich kurz- bzw. langfristig die Vor- und Nachteile ausgleichen würden, in nicht unbeachtlicher Weise ausgeprägt. Wirft man einen genaueren Blick drauf, welchen konkreten Vor- wie Nachteilen entgegengesehen wurde, offenbart sich ein deutlicher Vorrang der wirtschaftlich-materiellen Sphäre. Zwar erwartete mit Reisefreiheit jeder Fünfte der Antwortenden und mit Meinungsfreiheit etwa jeder Siebte Vorteile im eher politischen Bereich. Jedoch war die Annahme eines höheren Lebensstandards wie eines Wirtschaftsaufschwungs, die von 44 Pro-

zent bzw. 27 Prozent artikuliert wurden, sichtbar ausgebildeter. Dass politisch-normative Leitvorstellungen wie Demokratie und europäische Integration von lediglich 3 bis 4 Prozent als künftige Vorteile genannt wurden, ist hierbei zumindest erwähnenswert. Bei den befürchteten Nachteilen einer deutschen Vereinigung stechen insbesondere die Sorge vor dem „Verlust sozialer Errungenschaften“ (34 Prozent) und die Angst vor Arbeitslosigkeit (52 Prozent), die gleichfalls dem sozialökonomischen Bereich zuzuordnen sind, hervor (siehe Tabelle 4).

Im Januar 1990, als es in der öffentlichen Diskussion noch stärker um eine Reformierung – und mithin Weiterexistenz – der DDR ging, wurden in einer Erhebung des DDR-Instituts für Soziologie und Sozialpolitik eher politisch-gesellschaftliche denn wirtschaftliche Zukunftserwartungen abgefragt. Von den Befragten erwarteten demnach beispielsweise 68 Prozent auf dem Feld des „demokratische[n] Handeln[s] in der Gesellschaft“ und 56 Prozent das Rechtssystem betreffend „eher eine Verbesserung“.<sup>3</sup> Mit Voranschreiten der deutsch-deutschen Integration gewann jedoch die Beschäftigung mit sozioökonomischen Erwartungshaltungen zunehmend an Dominanz in den Erhebungen. Dies findet sich nicht nur bei den Antworten auf relativ offene Fragestellungen (wie in Tabelle 4 dargestellt), sondern auch in den geschlossenen Fragetexten der Umfrageinstitute.

## Arbeitslosigkeit

Kurz vor der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion befragte das ostdeutsche Brandenburg-Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien e.V. (BISS) die Bürger der DDR nach erwarteten Veränderungen „Ihrer Lebensbedingungen [...] für den Zeitraum der nächsten zwei Jahre“. Insgesamt gingen 48 Prozent von einer Verschlechterung der Sicherheit ihres Arbeitsplatzes aus. Noch über diesem Durchschnitt liegende Werte wiesen dabei die Beschäftigten im Industriesektor (53 Prozent), in der Land- und Forstwirtschaft (58 Prozent) sowie im Staatsapparat (53 Prozent) auf (siehe Tabelle 5). Neben den staatsnah Bediensteten



Tabelle 4: „Welche Vorteile/Nachteile erwarten Sie (bis zu drei Nennungen)?“  
(Mai 1990, in Prozent)

Vorteile		Nachteile	
<b>politisch:<sup>a</sup></b>		<b>politisch:</b>	
Reisefreiheit	19,5	8,4	Kriminalität
Meinungsfreiheit	14,0	2,5	Rassenhass
berufliche Entfaltung	8,5	1,9	Benachteiligung Frauen
Demokratie	3,8		
europäische Einheit	2,7		
<b>ökonomisch:</b>		<b>ökonomisch:</b>	
besserer Lebensstand	44,2	51,6	Arbeitslosigkeit
Wirtschaftsaufschwung	26,9	10,7	steigende Kosten
stabile Währung	12,0	10,5	Ausverkauf der DDR
höhere Einkommen	11,7	4,7	Ausbeutung
<b>sozial:</b>		<b>sozial:</b>	
soziale Sicherheit	10,2	34,4	Verlust soz. Errungenschaften
höhere Renten	9,0	9,8	Mieterhöhungen
bessere Wohnung	2,7	6,8	Drogen, AIDS etc.
Anerkennung	2,3	6,1	Kinderbetreuung
		3,7	Zwischenmenschliches
		3,0	niedrigere Renten
		1,6	Wohnungsnot
<b>ökologisch; kulturell:</b>		<b>ökologisch; kulturell:</b>	
Umwelt/Ökologie	7,4	2,3	Energiekosten
Stadtsanierung	3,2		
Kultur	0,8		
sonstiges	1,7	3,0	sonstiges

Fallzahl: 723 Personen; Antwortausfall: 9,0 Prozent (Vorteile) u. 21,2 Prozent (Nachteile); durchschnittliche Anzahl der Nennungen je Respondent: 1,8 (Vorteile) u. 1,6 (Nachteile)

a: Die (freilich nicht immer ganz trennscharfe) Einteilung der Antworten nach Bereichen wurde aus Gründen der Übersichtlichkeit vom Autor vorgenommen.

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen: Politbarometer DDR. In: GESIS Datenarchiv. Köln, ZA1987.

befürchteten also die in der – sich als „Arbeiter- und- Bauern-Staat“ verstehenden – DDR ideologisch besonders vereinnahmten Berufsgruppen am stärksten eine Verschlechterung der künftigen Arbeitsplatzsicherheit. In den Industriebetrieben wie in der Landwirtschaft war man sich über die mangelnde Konkurrenzfähigkeit unter marktwirtschaftlichen Bedingungen angesichts veralteter Technik, teilweise ineffizienter Produktionsweisen sowie eines vergleichsweise hohen Arbeitskräfteeinsatzes bewusst. Im Dienstleistungsbereich sowie im Gesundheits- und Sozialwesen war die nega-

tive Antizipation am geringsten ausgeprägt, obwohl sie mit 35 Prozent bzw. 37 Prozent auch hier keine unerhebliche Größenordnung aufwies. Dennoch war einzig in diesen beiden Sektoren die Erwartung, dass die Sicherheit des Arbeitsplatzes gleich bleiben werde, etwas größer als die der Verschlechterung. Dies spricht dafür, dass diese Beschäftigten ihren jeweiligen Wirtschaftsbereich als krisenresistenter oder mehr mit der Marktwirtschaft kompatibel perzipierten. Die in der Bauwirtschaft herrschende leicht überdurchschnittliche Einschätzung einer sich verbessernden Arbeitsplatzsi-

*Tabelle 5: „[W]elche Veränderungen Ihrer Lebensbedingungen erwarten Sie [...] für den Zeitraum der nächsten zwei Jahre [hinsichtlich der] Sicherheit Ihres Arbeitsplatzes?“ (Juni 1990, in Prozent)*

	wird besser	bleibt gleich	wird schlechter	kann ich nicht einschätzen
gesamt	11,2	24,0	48,0	16,7
darunter (ausgewählte Wirtschaftsbereiche):				
Industrie	14,0	13,6	52,7	19,8
Bauwirtschaft	16,4	23,9	46,3	13,4
Land-/Forstwirtschaft	9,7	12,6	58,3	19,4
Außen-/Binnenhandel	11,6	26,1	40,6	21,7
Dienstleistungen	9,3	37,3	34,7	18,7
Bildungswesen	7,3	29,3	48,8	14,6
Gesundheits-/Sozialwesen	11,4	39,2	36,7	12,7
Staatsapparat	13,1	18,0	52,5	16,4

Fallzahl: 1.305 Personen; Antwortausfall: 24,4 Prozent (Arbeitsplatz; hauptsächlich von Nichtarbeitnehmern) u. 31,3 Prozent (Wirtschaftsbereich); Chi-Quadrat:  $p=0,000$

Quelle: BISS: Ostdeutschland – Lebenslagen und soziale Strukturen. In: GESIS Datenarchiv. Köln, ZA6344.

*Tabelle 6: „Glauben Sie, daß wir in einem Jahr im heutigen Gebiet der DDR mehr/genauso viele/weniger Arbeitslose haben werden als heute?“ (August 1990, in Prozent)*

	gesamt	darunter (Parteipräferenz):				
		CDU/CSU	F.D.P.	SPD	Bü 90/Grü	LL/PDS/ DKP
weniger	16,4	20,4	16,3	15,1	16,0	3,2
genauso viele	22,6	26,4	24,4	16,8	14,7	22,1
mehr	61,0	53,2	59,3	68,2	69,3	74,7

Fallzahl: 1.444 Personen; Antwortausfall: 0,6 Prozent (Arbeitslose) u. 11,3 Prozent (Partei); Chi-Quadrat:  $p=0,000$

Quelle: GFM-GETAS: Einstellung zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten. In: GESIS Datenarchiv. Köln, ZA2135.

cherheit wird in Vorausahnung kommender Bauinvestitionen in Ostdeutschland zustande gekommen sein.

Äußerte bei der Erhebung im Juni knapp jeder Zweite, persönlich um die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes zu bangen, war die im August abgefragte Erwartung, dass sich die generelle Entwicklung der Arbeitslosenzahl verschlechtern werde, ausgeprägter. Hier gaben 61 Prozent an, dass sie innerhalb des nächsten Jahres mit „mehr Arbeitslosen“ in Ostdeutschland rechneten. Mit 53 Prozent sahen die Anhänger von CDU/CSU am „seltensten“ ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit voraus. Je weiter man links im politischen Spektrum schaute, umso pessimistischer waren

die jeweiligen Parteianhänger (siehe Tabelle 6). Nichtsdestotrotz konnten mit solchen überwiegend negativen Erwartungen auch direkt positive Zukunftsaneignungen einhergehen, wie die August-Erhebung des ZI-Meinungsbarometers zeigt. Die entsprechende Frage, ob es „Massenarbeitslosigkeit in Millionenhöhe im Osten Deutschlands geben“ werde, beantworteten 79 Prozent mit „bestimmt“ bzw. „wahrscheinlich“ – von denen 63 Prozent aber auch der Aussage, dass „viele neue Arbeitsplätze entstehen“ werden, beistimmten (insgesamt taten dies 67 Prozent).<sup>4</sup>

Direkte Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit hatte die ostdeutsche Bevölkerung bisher nicht

gemacht. Dass sie diese nun für die Zeit nach dem Systemwechsel größtenteils erwartete, hatte dennoch indirekt mit ihrer Prägung zu tun. In unablässiger Regelmäßigkeit war von den DDR-Medien das Bild von Arbeitslosigkeit als quasi natürlichem Bestandteil des Kapitalismus gezeichnet worden (z. B. Neues Deutschland 1986). Neben solchen in der Vergangenheit vermittelten Zuschreibungen entfalteten auch die gegenwärtigen Entwicklungen ihre Wirkmächtigkeit bei der Erwartungsbildung. So stand den Arbeitern die ungenügende Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Betriebe und damit potentielle Arbeitslosigkeit direkt vor Augen. Bisweilen haben sie sogar mit Streiks für die Modernisierung ihrer Betriebe protestiert, um deren Überleben in der kommenden Marktwirtschaft zu sichern (Gehrke 2001: 264ff.). Zudem konnte Arbeitslosigkeit nun bereits unvermittelt zur – frühen nicht-sozialistischen – eigenen Erfahrung werden: Hatte im Januar 1990 die Zahl der ostdeutschen Arbeitslosen rund 7.400 betragen, lag sie im Juni bereits bei 142.100 und im August bei 361.300, um bis Jahresende auf 642.200 zu steigen, was einer Arbeitslosenquote von 7 Prozent entsprach (Akerlof u. a. 1991: 8). Die ostdeutsche Erwartung steigender Arbeitslosigkeit sollte sich darüber hinaus in den gesamten 1990er Jahren auf bittere Weise erfüllen: Die offizielle Arbeitslosenquote erhöhte sich von 10 Prozent im Jahr 1991 über 15 Prozent 1995 auf 19 Prozent am Ende des Jahrzehnts.

### Materieller Lebensstandard

Als im November 1989 das ZIJ zum ersten Mal DDR-Bürger zur aktuellen Situation und den Entwicklungen in ihrem Land interviewte, bejahten 92 Prozent die Aussage, dass es „in der nächsten Zeit große wirtschaftliche Probleme in der DDR“ geben werde.<sup>5</sup> Diese Erwartungslage drehte sich in den folgenden Monaten komplett mit den in schneller Abfolge realisierten Schritten zur wirtschaftlichen und politischen Einheit. So gingen von einem rasch kommenden Wirtschaftsaufschwung – in den Fragebögen des ZIJ wurde dafür sogar der reichlich suggestive und eigentlich keiner guten Befragungspraxis entsprechende Begriff „Wirtschaftswunder Ostdeutschland“ verwandt – Ende April/Anfang Mai 78 Prozent der Ostdeutschen fest aus oder hielten ihn zumindest für wahrscheinlich. Zwar ging diese Stimmung nach der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion und manch ökonomischer Ernüchterung angesichts steigender Arbeitslosigkeit etwas zurück: mit 61 Prozent „Aufschwungserwartung“ im August und 64 Prozent im September, ohne sich aber noch einmal fundamental zu ändern. Zugleich jedoch glaubten ebenfalls im September 1990 zwei Drittel, dass Ostdeutschland zu einem „Landesteil mit Deutschen zweiter Klasse“ werden würde (siehe Tabelle 7). Hier zeigte sich abermals eine Koinzidenz von Hoffnung und Befürchtung. Hinzugefügt werden muss, dass in „westdeutschen Erhebungen“ solche Fragetexte keine Anwendung fanden, die Ostdeutschland als weiterhin potentiell hinterherhinkende Region zum Inhalt

Tabelle 7: Erwartungen der wirtschaftlichen Entwicklung Ostdeutschlands 1990 (in Prozent)

	rascher Wirtschaftsaufschwung („Wirtschaftswunder Ostdeutschland“) kommt			Osten wird Landesteil zweiter Klasse
	April/Mai	August	September	
bestimmt	27,4	15,8	12,3	26,0
wahrscheinlich	50,4	45,2	51,3	40,1
wahrscheinlich nicht	17,0	30,1	25,7	23,3
auf keinen Fall	5,2	8,9	10,6	10,6

Fallzahl: 1.287–1.493 Personen; Antwortausfall: 0,3–2,1 Prozent (Aufschwung) u. 0,4 Prozent (2. Klasse)  
Quelle: ZIJ: Meinungsbarometer. In: GESIS Datenarchiv. Köln, ZA6012, ZA6015 u. ZA6016.

hatten. Das Leipziger Zentralinstitut für Jugendforschung berührte somit und befeuerte möglicherweise ostdeutsche Bedenken.

Mit dem erhofften Wirtschaftsaufschwung verband sich beim Großteil der Ostdeutschen auch die Erwartung einer Verbesserung der eigenen wirtschaftlichen Lage. Im April/Mai 1990 zeigten sich 63 Prozent „(eher) optimistisch“ hinsichtlich der Entwicklung ihrer materiellen Situation. Im September beurteilten zusammengenommen 76 Prozent die Auswirkungen des Zusammenwachsens Deutschlands auf ihren künftigen Lebensstandard als „(eher) positiv“. Hinsichtlich der persönlichen sozialen Sicherheit ging mit der fortschreitenden Etablierung der Marktwirtschaft hingegen der Anteil derjenigen, die „(eher) optimistisch/positiv“ nach vorn blickten, im selben Zeitraum von 61 auf 57 Prozent leicht zurück (siehe Tabelle 8).

Während vertiefende Fragen zur sozialen Sicherheit kaum gestellt wurden und dieser Topos eher abstrakt bleiben muss, lassen sich anhand der Datenquellen aus den sozialwissenschaftlichen Erhebungen im „Wendejahr“ die Erwartungshaltungen zum materiellen Lebensstandard weiter konkretisieren. Eine bedeutsame Rolle kam dabei dem Einkommen zu. Im Juni 1990 vertraten 46 Prozent die Ansicht, dass in den nächsten zwei Jahren ihr persönliches Einkommen steigen werde. Gingen 17 Prozent von einem Gleichbleiben und 19 Prozent von einer Verschlechterung aus, trauten sich 18 Prozent keine Beurteilung zu. Die Prüfung möglicher Einschätzungsunterschiede nach dem sozioökonomischen Status

fördert zunächst nur eher geringe Abstände zwischen den Qualifikationsgruppen zutage. Facharbeiter und Meister gingen ein wenig öfter als der Durchschnitt von steigenden Einkommen aus. Inhaber eines Fach- oder Hochschulabschlusses erwarteten etwas seltener eine Verbesserung und etwas häufiger eine Verschlechterung der Einkommenslage, als dies Ungelernte und Teilfacharbeiter taten (siehe Tabelle 9).

Augenfälligere Differenzen traten zwischen den Arbeitnehmern in einzelnen Wirtschaftsbereichen auf: Auch bei der Frage nach möglichen Einkommenszuwächsen zeigten sich die Beschäftigten der Baubranche überdurchschnittlich positiver. Insbesondere im Handel, der in der DDR zu den am geringsten entlohnten Sektoren zählte, erwartete man mit der marktwirtschaftlichen Transformation einhergehende steigende Einkommen. Zugleich stand hier aber auch ein Fünftel eher negativ zu dieser Frage. Die zunehmende Schwäche der traditionellen Absatzmärkte in Osteuropa und mangelnde internationale Konkurrenzfähigkeit der DDR-Produkte ließen möglicherweise die Zukunftsaussichten im Außenhandel weniger prächtig erscheinen als im Binnenhandel. Jedoch lässt sich diese zu vermutende Heterogenität beider Gruppen aufgrund ihrer gemeinsamen Kategorisierung im damals durchgeführten Survey leider nicht kontrollieren. Weniger euphorische Sektoren bildeten wiederum die Land- und Forstwirtschaft sowie der Staatsapparat (siehe Tabelle 9).

Neben der Steigerung des persönlichen Einkommens wurde folgerichtig von einem

*Tabelle 8: Einstellungen zur eigenen materiellen Entwicklung 1990 (in Prozent)*

„Ihre persönliche Zukunft für die nächsten zwei bis drei Jahre“ in Bezug auf... (April/Mai)			Auswirkungen des Zusammenwachsens Deutschlands auf Ihre(n)... (September)		
	materielle Situation	soziale Sicherheit	Lebensstandard	soziale Sicherheit	
optimistisch	18,4	18,0	26,9	19,4	positiv
eher optimistisch	44,9	43,3	49,5	37,9	eher positiv
eher pessimistisch	30,8	32,5	20,2	36,7	eher negativ
pessimistisch	5,9	6,1	3,4	6,0	negativ

Fallzahl: 1.493 u. 1.307 Personen; Antwortausfall: 2,3–2,5 u. 0,5–0,7 Prozent

Quelle: ZIJ; Meinungsbarometer. In: GESIS Datenarchiv. Köln, ZA6012 u. ZA6016.

Tabelle 9: „[W]elche Veränderungen Ihrer Lebensbedingungen erwarten Sie [...] für den Zeitraum der nächsten zwei Jahre [in Bezug auf] Ihr persönliches Einkommen?“ (Juni 1990, in Prozent)

	wird besser	bleibt gleich	wird schlechter	kann ich nicht einschätzen
gesamt	45,5	17,0	19,3	18,2
darunter (höchste Qualifikation): <sup>a</sup>				
Un-/Angelernte/Teilfacharbeiter	43,3	18,7	18,7	19,4
Facharbeiter/Meister	48,8	17,5	16,8	16,9
mit Fach-/Hochschulabschluss	40,1	16,2	24,4	19,3
darunter (ausgewählte Wirtschaftsbereiche): <sup>b</sup>				
Industrie	48,4	16,3	19,0	16,3
Bauwirtschaft	55,2	19,4	9,0	16,4
Land-/Forstwirtschaft	32,0	19,4	31,1	17,5
Außen-/Binnenhandel	59,4	7,2	20,3	13,0
Dienstleistungen	44,0	24,0	18,7	13,3
Bildungswesen	40,2	18,3	25,6	15,9
Gesundheits-/Sozialwesen	49,4	11,4	12,7	26,6
Staatsapparat	34,4	26,2	26,2	13,1

Fallzahl: 1.305 Personen; Antwortausfall: 1,5 Prozent

a: Antwortausfall: 0,4 Prozent; Chi-Quadrat:  $p=0,032$

b: Antwortausfall: 31,3 Prozent; Chi-Quadrat:  $p=0,003$

Quelle: BISS: Ostdeutschland – Lebenslagen und soziale Strukturen. In: GESIS Datenarchiv. Köln, ZA6344.

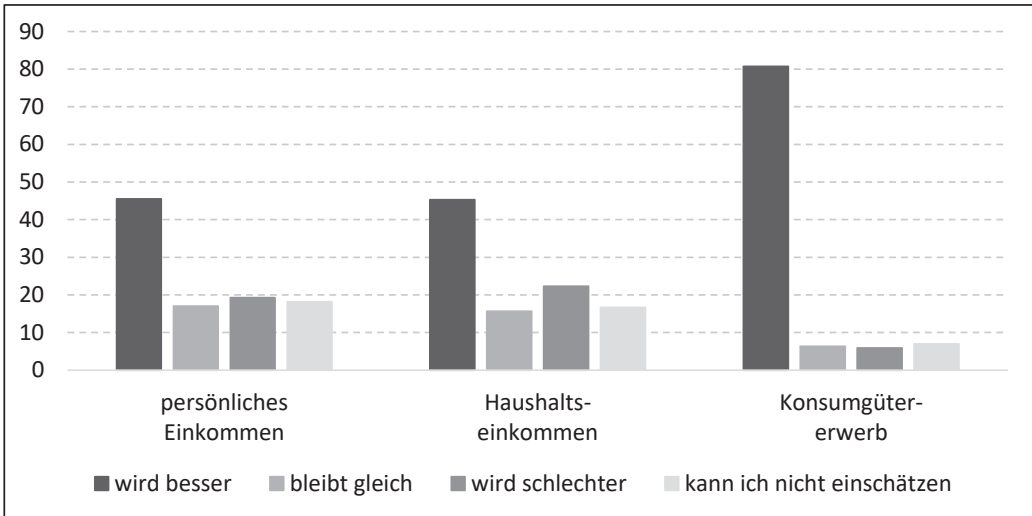
ähnlich großen Anteil – nämlich 45 Prozent – der Ostdeutschen die Erhöhung des Haushaltsnettoeinkommens erwartet. Daneben war in der Mitte des „Wendjahres“ eine übergroße Mehrheit von 80 Prozent überzeugt, dass sich die Möglichkeiten des Konsumgütererwerbs verbessern würden (siehe Abbildung 5). Bemerkenswerterweise sind die künftigen Konsummöglichkeiten von westdeutschen Umfrageinstituten komplett ausgespart worden, wohingegen sie in der Erhebung der ostdeutschen BISS-Mitarbeiter Beachtung fanden. Während letzteren der Wunsch nach größeren Konsummöglichkeiten nur allzu vertraut war, schien ersteren das Thema zu selbstverständlich zu sein.

Formend auf diese Antizipation eines höheren materiellen Lebensstandards wirkten die Eindrücke vom westdeutschen Einkommensniveau und des marktwirtschaftlichen Konsumangebots, die die DDR-Bürger durch Intershop, Westfernsehen, Westkontakte und -pakete gewonnen hatten. Daneben wurde die Erwartungshaltung von den 1990 bereits erfolgten Lohnsteigerungen, die allenthalben

lediglich als ein erster Anfang zur Angleichung ans „Westniveau“ verstanden wurden (Artus 2018: 156f.), sowie von den vielenorts unternommenen Schaufenster- und Einkaufsbummeln durch die westdeutsche Warenwelt angefacht.

Die mit dem Systembruch einhergehenden wesentlich erweiterten Konsummöglichkeiten sind vielfach dargestellt worden (z. B. Veenis 2012: 188ff.) und statistisch etwa anhand der Ausstattung mit technischen Konsumgütern abbildbar. So stieg der Ausstattungsgrad von Farbfernsehern in ostdeutschen Arbeitnehmerhaushalten auf 96 Prozent im Jahr 1993 und der von PKW auf 84 Prozent; im Jahr 1988 hatten beide Werte noch bei lediglich 55 Prozent gelegen.<sup>6</sup> Und auch die nominalen Einkommen wuchsen in den 1990er Jahren beachtlich. Der Blick auf die Haushaltseinkommen in Ostdeutschland soll hierüber einen überblicksartigen Aufschluss geben. Zwischen 1991 und 2000 erhöhte sich das durchschnittliche äquivalenzgewichtete<sup>7</sup> Nettoeinkommen ostdeutscher Haushalte von rund 1.120 DM auf 2.110 DM im Monat, was einer inflationsbe-

Abbildung 5: „[W]elche Veränderungen Ihrer Lebensbedingungen erwarten Sie [...] für den Zeitraum der nächsten zwei Jahre [in Bezug auf] ...?“ (Juni 1990, in Prozent)



Fallzahl: 1.305 Personen; Antwortausfall: 1,5 Prozent (pers. Eink.), 1,8 Prozent (HH-Eink.) u. 1,5 Prozent (Konsum)

Quelle: BISS: Ostdeutschland – Lebenslagen und soziale Strukturen. In: GESIS Datenarchiv. Köln, ZA6344.

reinigten jährlichen Steigerung von 3,2 Prozent entspricht.<sup>8</sup> Im einkommensstärksten Fünftel lag die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate bei 3,4 Prozent: von 1.840 DM auf 3.530 DM. Und im unteren Fünftel, wo die Haushalte wesentlich öfter von Arbeitslosigkeit betroffen und auf Sozialtransfers angewiesen waren, nahm das durchschnittliche Äquivalenzeinkommen von 570 DM auf 1.060 DM zu und somit jährlich um deflationierte 3,1 Prozent.

## Schlussbemerkungen

Die hauptsächlichen Anliegen der Ostdeutschen, die Einführung der DM-Mark sowie Marktwirtschaft und die Herstellung der deutschen Einheit, waren bereits im Jahr 1990 realisiert. Damit verbundene und von der Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung artikulierte Erwartungshaltungen erfuhren, wie gezeigt, in der Folge ebenfalls ihre weitgehende Verwirklichung. Neben den stärker noch zu Beginn des „Wendjahres“ artikulierten politischen Hoffnungen auf Demokratie und

Rechtsstaatlichkeit hat sich auch die im weiteren Verlauf erwartete Verbesserung der materiellen Lage mit gestiegenen Einkommen und Konsummöglichkeiten eingestellt. Gleichfalls ist die Zunahme von Arbeitslosigkeit vorhergeahnt worden. Mithin stellt sich die Frage, woher das Narrativ der ostdeutschen Illusionen und die vielbeschriebene Enttäuschung über den Transformationsprozess (z. B. Hanf u. a. 2011) eigentlich kommen, wenn sich doch die zu Beginn gehegten Erwartungen *ex post* als relativ realistisch herausstellten.

Die Frage ist freilich – und absichtlich – naiv formuliert. Denn selbst wenn Arbeitslosigkeit als gesellschaftliches Massenphänomen erwartet worden ist, verwundert es nicht, dass deren tatsächliches Eintreten bei jedem Betroffenen für je individuellen Verdruss sorgte. Mit der Stilllegung eines Betriebs erfuhren dessen Beschäftigte die Entwertung der eigenen Biografie und gerieten für mitunter lange Dauer in die Rolle passiver „Klienten des Sozialstaats“ (Engler 2015: 79). Daneben ist der zeitliche Horizont der ostdeutschen Erwartungshaltungen einzubeziehen. Wie bereits angedeutet,

wurden gewisse Anpassungsprobleme als eher temporäre Begleiterscheinungen der Systemtransformation vorausgesehen. In einer Erhebung im August/September 1990 beantworteten die Frage, wann „die DDR wirtschaftlich über den Berg sein“ werde, rund 80 Prozent mit fünf Jahren oder weniger. Von den über 2.000 ostdeutschen Befragten nannten als statistische Ausreißer lediglich vier Personen einen Zeitraum von 20 Jahren und ein Respondent tippte gar auf 25 Jahre.<sup>9</sup>

Die verbreitete Erwartung der wirtschaftlichen Erholung in wenigen Jahren wurde insbesondere von Teilen der Politik geschürt. Erinnerung sei an das weithin bekannte, dem März-Wahlkampf entstammende Diktum Helmut Kohls, die DDR werde „in etwa fünf Jahren ein blühendes Land sein“ (zit. n. Ebert 1990). In der Tat scheinen die politisch Handelnden an ein baldiges Wirtschaftswunder nach Einführung der Marktwirtschaft in Ostdeutschland – wie weiland 1948 (Steiner 2009: 454; Böick 2018: 155–159) – geglaubt zu haben. Dass sie sich dagegen der Haltlosigkeit ihrer Voraussagen bewusst gewesen seien, gleichsam aber auf deren psychologischen Selbsterfüllungseffekt gehofft hätten (Wiegrefe 2018; Hauser, Glatzer 2001: 435), mutet eher wie ein erst retrospektiv eingefügtes Narrativ an. Letztlich aber sind Ursache und Intention solcher Prophezeiungen ohnehin unerheblich, wenn es um deren Wirkung geht. Als anstatt der angekündigten wirtschaftlichen Prosperität Deindustrialisierung und Massenarbeitslosigkeit folgten, sich letztere ab Mitte der 1990er Jahre mit dem Ende des Bau-Booms und zurückgehendem Wirtschaftswachstum noch verschärfte, sorgte dies für breite Frustration. Hieran zeigt sich die potentielle Wirkmächtigkeit auch nicht eingetretener Zukunftserwartungen (Hölscher 2017: 12).

Vom Frühjahr bis zum Spätsommer bat das ZIJ seine Probanden regelmäßig um Angabe des von ihnen erwarteten Zeitraums, „bis es den Deutschen auf dem Gebiet der DDR wirtschaftlich so gut gehen wird, wie jetzt den Bürgern der BRD“. Im April/Mai wurde dies in durchschnittlich 7,2 Jahren erwartet, in der September-Befragung in 6,1 Jahren.<sup>10</sup> Bereits zur Zeit der deutschen Teilung war für die

Bürger der DDR die Bundesrepublik die bestimmende Referenzgröße gewesen, an der sie ihre eigenen Lebensverhältnisse maßen. Im „Wendejahr“ mutete für die Ostdeutschen ein baldiges Aufschließen zum westdeutschen Niveau nun endlich realistisch an. Die lange gewonnenen Abbilder von der Leistungsfähigkeit der westdeutschen Wirtschaft wie auch Politikerversprechen eines baldigen Aufschwungs in Ostdeutschland beeinflussten aber nicht allein die ostdeutsche Bevölkerung, sie fanden auch Eingang in die Fragetexte der Umfrage- und sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitute. Dies etwa, wenn das ostdeutsche ZIJ gar nicht erst nach einem Ob, sondern direkt nach dem Wann der wirtschaftlichen Angleichung oder nach dem Eintreten eines „Ostdeutschen Wirtschaftswunders“ fragte. In der konkreten Interviewsituation verstärkte wiederum das Abfragen bestimmter – zumeist sozioökonomischer – Erwartungen bei den Befragten das Gefühl der Relevanz ebendieser Erwartungen. Mit der Veröffentlichung und medialen Verbreitung der Ergebnisse wurden sie zudem in den öffentlichen Diskurs um einen baldigen Aufschwung zurückgespeist und haben ihn weiter angetrieben (z. B. Pruys 1990).

Nimmt man die eben angeführte Umfrage des ZIJ wörtlich, hätte nach Erwartung der Ostdeutschen das ostdeutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf, das ein zentraler Wohlstandsindikator ist, im Jahr 1996 dem Stand Westdeutschlands von 1990 entsprechen müssen. Realiter lag es zu diesem Zeitpunkt bei 57 Prozent des westdeutschen Niveaus von 1990 (ber. n. Statistisches Bundesamt 1997: 46, 691; in Preisen von 1996). Und eine zeitlich nicht versetzte wirtschaftliche Angleichung hat ohnehin nie stattgefunden: Noch im Jahr 2015 betrug das ostdeutsche BIP pro Kopf lediglich 67 Prozent des westdeutschen, während das verfügbare Einkommen je Einwohner immerhin bei 84 Prozent lag (Ragnitz 2015: 5, 10). Diese fortdauernden deutsch-deutschen Niveauunterschiede sorgten unter anderem bei vielen Ostdeutschen für das anhaltende Gefühl, nur „Deutsche zweiter Klasse“ zu sein, was in den Erhebungen 1990 bereits thematisiert worden war (siehe Tabelle 7). Trotz aller materiellen Zuwächse beim Einkommen und

bei der Haushaltsausstattung in der Transformationszeit findet sich hier eine wesentliche Quelle der ostdeutschen Enttäuschung.

Bleibt noch die – einleitend nur implizit angedeutete – Frage, ob die genuin sozialistischen Erfahrungen der Noch-DDR-Bürger nicht doch einen konstituierenden Effekt auf ihre Erwartungen im „Wendejahr“ hatten. Oder speisten sich diese in der Tat allein aus den von DDR-Medien und bundesrepublikanischen Fernsehsendern vermittelten Abbildern? Aus dem, was Besucher aus dem Westen, deren Pakete oder auch die Anschauungen der kapitalistischen Konsumwelt im Intershop berichtet hatten? Sowie aus den ersten eigenen marktwirtschaftlichen Erfahrungen und den Wahlkampfversprechen im Jahr 1990?

1988 führte das DDR-Institut für Soziologie und Sozialpolitik eine Studie zur sozialen Entwicklung im Konsumgüterbinnenhandel durch. Hierbei wurden in den Bezirken Berlin, Schwerin und Karl-Marx-Stadt Beschäftigte im Handel unter anderem gefragt, ob sie ihren Kunden oft „Haben wir nicht“ sagen müssten. Mit „ja, oft“ antworteten 76 Prozent und mit „ja, gelegentlich“ 21 Prozent des Verkaufspersonals im HO- und Konsum-Einzelhandel.<sup>11</sup> Da die Sozialwissenschaften in der DDR weder bevölkerungsrepräsentativ noch zu politisch heiklen Themen forschen durften, ist es zumeist nur auf Umwegen möglich, mittels ihres überlieferten Datenmaterials den Stimmungen und Einstellungen der DDR-Bürger nachzuspüren. Folglich kann die zitierte Erhebung unter Berufstätigen im Handel lediglich einen Proxy darstellen für eine allgemeine Unzufriedenheit mit dem Konsumgüterangebot, die aber auch bereits auf Basis anderer Quellen beschrieben worden ist (z. B. Judt 2013: 66ff.).

Die in der DDR gewonnenen Erfahrungen stellten oftmals eine Negativreferenz dar für im „Wendejahr“ gehegte Erwartungen, wie in diesem Fall die ausgeprägt optimistische Antizipation verbesserter Konsummöglichkeiten. Dass sozialistische Erfahrungen auch positiv konnotiert sein und pessimistische Erwartungen mit bedingen konnten, zeigt etwa die von einem Teil der Ostdeutschen artikulierte Befürchtung vom „Verlust sozialer Errungenschaften“ (siehe Tabelle 4). Zudem zeitigten die je-

weiligen sozialen Erfahrungshintergründe bisweilen unterschiedliche Zukunftsaussichten, wenn beispielsweise die Alten insgesamt etwas pessimistischer als die Jugend oder Arbeiter optimistischer als Angestellte auf das Kommen der blickten. Diese Beispiele verdeutlichen, dass in der DDR gesammelte Erfahrungen durchaus nicht ohne erwartungskonstituierenden Einfluss geblieben sind: Letztlich bildeten sie die Vergleichsfolie, vor der die an die „neue Zeit“ gerichteten Erwartungen generiert wurden.

## Anmerkungen

- 1 Unter der jeweils aufgeführten Studiennummer sind Angaben zur Methodologie der einzelnen Befragungen sowie die eingesetzten Fragebögen inklusive der Fragetexte, die hier nicht immer in ihrer ganzen Ausführlichkeit wiedergegeben werden können, online im GESIS-Datenbestandskatalog einsehbar.
- 2 Da im vorliegenden Beitrag Erhebungsergebnisse durchgängig ungewichtet und ohne Non-Response ausgewiesen werden, Falter (1992: 171) jedoch in seiner Darstellung die Missings nicht ausgeschlossen hat, wurden die Zahlen der Einheitlichkeit wegen anhand des beim GESIS archivierten Datensatzes hier noch einmal neu berechnet.
- 3 Fallzahl: 1.528 Personen (lediglich aus den Bezirken Potsdam, Leipzig und Schwerin); Antwortausfall: 6,1 Prozent u. 5,8 Prozent; Quelle: ISS: Leben in der DDR. In: GESIS Datenarchiv. Köln, ZA6873.
- 4 Fallzahl: 1.287 Personen; Antwortausfall: 0,5 Prozent (Massenarbeitslosigkeit) u. 0,2 Prozent (neue Arbeitsplätze); Chi-Quadrat:  $p=0,000$ . Quelle: ZIJ: Meinungsbarometer. In: GESIS Datenarchiv. Köln, ZA6015.
- 5 Fallzahl: 1.623 Personen; Antwortausfall: 4,1 Prozent. Quelle: ZIJ: Meinungsbarometer. In: GESIS Datenarchiv. Köln, ZA6009. Indem sie als weitere Antwortmöglichkeit lediglich ein „nein“ vorsah, war diese Fragekonstruktion gleichwohl etwas zu simplifizierend.
- 6 Dies ist ein Befund aus dem laufenden Promotionsprojekt des Autors „Soziale Ungleichheit in Ostdeutschland 1980–2000. Die materiellen Lagen von Arbeitnehmerhaushalten im Wandel“.
- 7 Für die Äquivalenzgewichtung wurde die neue OECD-Skala zugrunde gelegt, nach der dem Haushaltsvorstand ein Gewicht von 1, allen weiteren Personen ab 14 Jahre eines von 0,5 und denjenigen unter 14 Jahre eines von 0,3 zugewiesen wird.



- 8 Berechnet nach den Mikrozensus 1991 u. 2000; Fallzahl: 42.939 u. 42.427 Haushalte; Antwortausfall: 2,6 u. 2,4 Prozent. Quelle: FDZ Statistisches Bundesamt.
- 9 Fallzahl: 2.073 Personen; Antwortausfall: 1,4 Prozent. Quelle: GFM-GETAS: Herbststudie. In: GESIS Datenarchiv. Köln, ZA2133.
- 10 Fallzahl: 1.493 u. 1.307 Personen; Antwortausfall: 2,4 u. 0,5 Prozent. Quelle: ZIJ: Meinungsbarometer. In: GESIS Datenarchiv. Köln, ZA6012 u. ZA6016.
- 11 Fallzahl: 1.250 HO-/Konsum-Beschäftigte im Verkauf; Antwortausfall: 0,2 Prozent; Quelle: ISS: Zur sozialen Entwicklung im Konsumgüterinnenhandel der DDR. In: GESIS Datenarchiv. Köln, ZA6867.

## Literatur

- Akerlof, George A.; Rose, Andrew K.; Yellen, Janet L.; Hensenius, Helga (1991): East Germany in from the Cold: The Economic Aftermath of Currency Union. In: Brookings Papers on Economic Activity, No. 1, S. 1–105.
- Artus, Ingrid (2018): Tarifpolitik in der Transformation. Oder: Das Problem „stellvertretender Tarifautonomie“. In: Brunner, Detlev; Kuhnhenne, Michaela; Simon, Hartmut (Hg.): Gewerkschaften im deutschen Einheitsprozess. Möglichkeiten und Grenzen in Zeiten der Transformation. Bielefeld: transcript, S. 151–168.
- Beckert, Jens (2016): Imagined Futures. Fictional Expectations and Capitalist Dynamics. Cambridge: Harvard University Press.
- Beckert, Jens (2018): Woher kommen Erwartungen? Die soziale Strukturierung imaginierter Zukünfte. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 59, Heft 2, S. 507–523.
- Böick, Marcus (2015): „Chronisten gesucht“. Die Umbrüche von 1989/90, die Transformationsforschung und das Umfragetagebuch. In: Steuer, Janosch; Graf, Rüdiger (Hg.): Selbstreflexionen und Weltdeutungen. Tagebücher in der Geschichte und der Geschichtsschreibung des 20. Jahrhunderts. Göttingen: Wallstein, S. 312–335.
- Böick, Marcus (2018): Die Treuhand. Idee – Praxis – Erfahrung. 1990–1994. Göttingen: Wallstein.
- Clarkson, Alexander (2019): „Das Problem der Ostdeutschen waren ihre Illusionen“ [Interview]. In: Zeit Online, 02.05.2019. URL: <https://www.zeit.de/gesellschaft/2019-05/alexander-clarkson-wende-1990-ost-west> (Abruf: 15.11.2019).
- Ebert, Wolfgang (1990): Kleiner Vorgeschmack. In: Die Zeit, Heft 14, S. 9.
- Engler, Wolfgang (2015): Von der arbeiterlichen Gesellschaft zur Marktwirtschaft. Der Umbruch der Arbeitswelt im Osten. In: Sabrow, Martin; Koch, Alexander (Hg.): Experiment Einheit. Zeithistorische Essays. Göttingen: Wallstein, S. 75–93.
- Falter, Jürgen W. (1992): Wahlen 1990. Die demokratische Legitimation für die deutsche Einheit mit großen Überraschungen. In: Jesse, Eckhard; Mitter, Armin (Hg.): Die Gestaltung der deutschen Einheit. Geschichte – Politik – Gesellschaft. Bonn: Bouvier, S. 163–188.
- Förster, Peter; Roski, Günter (1990): DDR zwischen Wende und Wahl. Meinungsforscher analysieren den Umbruch. Berlin (Ost): LinksDruck.
- Friedrich, Walter; Griese, Hartmut (1991): Jugend und Jugendforschung in der DDR. Gesellschaftspolitische Situationen, Sozialisation und Mentalitätsentwicklung in den achtziger Jahren. Opladen: Leske + Budrich.
- Gehrke, Bernd (2001): Die „Wende“-Streiks. Eine erste Skizze. In: ders.; Hürtgen, Renate (Hg.): Der betriebliche Aufbruch im Herbst 1989: Die unbekannteste Seite der DDR-Revolution. Diskussion – Analysen – Dokumente. 2. Aufl. Berlin: HBS-Bildungswerk, S. 247–270.
- Graf, Rüdiger; Herzog, Benjamin (2016): Von der Geschichte der Zukunftsvorstellungen zur Geschichte ihrer Generierung. Probleme und Herausforderungen des Zukunftsbezugs im 20. Jahrhundert. In: Geschichte und Gesellschaft 42, Heft 3, S. 498–515.
- Hanf, Thomas; Liebscher, Reinhard; Schmidtke, Heidrun (2011): Die Wahrnehmung und Bewertung der deutschen Einheit im Spiegel von Bevölkerungsumfragen. In: Kollmorgen, Raj; Koch, Frank Thomas; Dienel, Hans-Liudger (Hg.): Diskurse der deutschen Einheit. Kritik und Alternativen. Wiesbaden: VS, S. 249–300.
- Hauser, Richard; Glätzer, Wolfgang (2001): Zukunftsvorstellungen und deren Realisierung im deutschen Vereinigungsprozeß. In: Bertram, Hans; Kollmorgen, Raj (Hg.): Die Transformation Ostdeutschlands. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern. Opladen: Leske + Budrich, S. 427–456.
- Hölscher, Lucian (2017): Theoretische Grundlagen der historischen Zukunftsforschung. In: ders. (Hg.): Die Zukunft des 20. Jahrhunderts. Dimensionen einer historischen Zukunftsforschung. Frankfurt a. M.: Campus, S. 7–37.
- Judt, Matthias (2013): „Bananen, gute Apfelsinen, Erdnüsse u. a. sind doch keine kapitalistischen Privilegien“. Alltäglicher Mangel am Ende der 1980er Jahre in der DDR. In: Deutschland Archiv 2013, Bonn: bpb, S. 59–76.
- Koselleck, Reinhart (1976/1989): ‚Erfahrungsraum‘ und ‚Erwartungshorizont‘ – zwei historische Kategorien. In: ders.: Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 349–375.

- Kowalczyk, Ilko-Sascha (2018): „Da zeigt sich eine unglaubliche Wut“ [Interview]. In: Frankfurter Rundschau Online, 14.08.2018. URL: <https://www.fr.de/politik/zeigt-sich-eine-unglaubliche-wut-10969346.html> (Abruf: 15.11.2019).
- Neuenkirch, Sophie; Kroh, Jens (2011): Einleitung. Zukunftserwartungen in Empirie und Theorie. In: dies. (Hg.): Erzählte Zukunft. Zur inter- und intragenerationellen Aushandlung von Erwartungen. Göttingen: Wallstein, S. 7–18.
- Neues Deutschland (1986): BRD-Massenarbeitslosigkeit auch künftig auf Rekordhöhe. In: Neues Deutschland, 10.01.1986, S. 5.
- Pruys, Karl-Hugo (1990): Mehrheit spricht für Kohl. In: Neue Zeit, 19.07.1990, S. 2/B.
- Ragnitz, Joachim (2015): Ostdeutschland im Schatten gesamtwirtschaftlicher Entwicklung. Kann die „Angleichung der Lebensverhältnisse“ noch gelingen? In: Berliner Debatte Initial 26, Heft 2, S. 5–16.
- Reinecke, Christiane (2010): Fragen an die sozialistische Lebensweise. Empirische Sozialforschung und soziales Wissen in der SED-Fürsorgediktatur. In: Archiv für Sozialgeschichte 50, S. 311–334.
- Sabrow, Martin (2010): Der vergessene „Dritte Weg“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 11, S. 6–13.
- Schulze, Ingo (2005): Neue Leben. Die Jugend Enrico Türmers in Briefen und Prosa. Berlin: Berlin Verlag.
- Spiegel (1990): „Es gibt keine DDR mehr“. In: Der Spiegel, Heft 12, S. 20–33.
- Statistisches Bundesamt (1997): Statistisches Jahrbuch 1997 für die Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart: Metzler-Poeschel.
- Steiner, André (2009): Der Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion vom 1. Juli 1990. In: Henke, Klaus-Dietmar (Hg.): Revolution und Vereinigung 1989/90. Als die Realität die Phantasie überholte. München: DTB, S. 441–455 u. 656–659.
- Thaysen, Uwe (1999): Wirtschafts- und sozialpolitische Vorstellungen der neuen Parteien und Bewegungen in der DDR zur Zeit des Zentralen Runden Tisches (1989/90). In: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“; Bd. III/3: Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik, Baden-Baden: Nomos, S. 2716–2805.
- Veenis, Milena (2012): Material Fantasies. Expectations of the Western Consumer World among East Germans. Amsterdam: Amsterdam University Press.
- Watzmann, Annekathrin; Scheunemann, Jan (2010): Erwartungen und Projektionen. Die deutsche Einheit in Tagebüchern 1989–1991. In: Klemm, Thomas; Lotz, Christian (Hg.): Zerreißproben. Erwartungen an die deutsche Einheit und an eine europäische Integration. Katalog zur Ausstellung, Leipzig, 5. bis 13. November 2010. Magdeburg: Meine Verlag, S. 7–29.
- Welzer, Harald (2010): Erinnerungskultur und Zukunftsgedächtnis. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 25/26, S. 16–23.
- Wiegrefe, Klaus (2018): Kohl belog Ostdeutsche. In: Der Spiegel, Heft 22, S. 24.